

OSTNACHRICHTEN

Unabhängig, überparteilich und gemäß dem oben angeführten Wahlspruch berichtet diese Zeitschrift über alle pluralistisch-demokratischen Oppositionsbewegungen in Ost-Mitteleuropa

6. Jahrgang Nr. 1 (47)
12. Mai 1987

Impressum:
Herausgeber, Eigentümer und Verleger:
Aigis Klimaitis, A-1130 Wien,
Redaktion:
1070 Wien, Andreasgasse 9

Gorbatschows Glasnost und Perestrojka

Die Dimension des Fehlverständnisses

Ein Gefühl des Westens tut sich kund, dass einen erschauern lässt: das Mitgefühl für Gorbatschow.

Schon sind die Stimmen unüberhörbar man müsse Gorbatschow helfen, sonst sei sein Demokratisierungswerk in Gefahr.

Wie schon so oft in der Historie läuft die westliche Welt erneut Gefahr einen russischen Begriff mit westlicher Ratio zu messen und dabei den Kürzeren zu ziehen. Der Westen interpretiert die Begriffe in seiner typischen ordentlichen Weise damit sie ihm berechenbar und einsetzbar werden, obwohl doch immerhin die Gefahr einer Falschinterpretation besteht.

An dieser Stelle sei erinnert an die Zeit, als die Westalliierten, an ihrer Spitze die USA, im Bündnis mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland stand. Da nannte man den (tatsächlichen Schlächter) Stalin nett "Uncle Joe" und der war mit Roosevelt einer Meinung, dass den Völkern die von Hitler überfallen wurden, nach dem

Sieg über Deutschland, die Freiheit und Selbstbestimmung zurückgegeben werden müssen. In der Atlantik-Charta war alles fein beschrieben. Man wählte sich westlicherseits begrifflich einig mit dem russischen Partner. Das alles ganz anders kam ist wohl der Dimension des Fehlverständnisses zuzuschreiben, um es einmal so auszudrücken. Allerdings leiden seither 130 Millionen Mittel-Ost-europäer unter diesem Fehlverständnis.

Mit der Bezeichnung Glasnost und Perestrojka sind erneut Begriffe geschaffen worden, die vom Westen sehr in der Art seines spezifischen Sinnes verstanden werden wollen. Aus der Kombination des Wortes "Durchschaubarkeit-Öffentlichkeit" (Glasnost) und "Umgestaltung" (Perestrojka), wird schnell Demokratie, bei einigen Vorsichtigen immerhin nur Demokratisierung, und ähnliches, wobei man im Kopf das hat, was man sich westlicherseits darunter vorstellt.

Um diese Vorstellung abzusichern zu stabilisieren, entsteht das (scheinbare) rationale Bedürfnis man müsse Gorbatschow helfen, weil man, entsprechend seinen Vorstellungen, sich damit

selber hilft. Und so kann es denn tatsächlich zur Hilfe kommen, missachtend, dass die Vorstellungen falsch sein können und dass der vermeintliche Nutzen für den Unterstützenden in einen Unnutz und Schaden verkehrt werden kann.

Die Frage kann also nicht sein Gorbatschow zu helfen, weil man in seinen begrifflichen Vorstellungen glaubt ihn verstanden zu haben, sondern man muss erst zu einer Beurteilung aufgrund von Kriterien kommen. Zu ihnen gehören auch Forderungen, die erfüllt werden müssen und die als Beweise der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Verständnisses im Sinne der begrifflichen Vorstellungen gelten.

Folgende Kriterien sind da unerlässlich:

- Freilassung aller politischer Häftlinge.
- Aufhebung der extrem eingeschränkten Interpretation des Begriffes der Meinungs-, Presse-, Religions-, Emigrations- und Immigrations- und der allgemeinen -Reisefreiheit
- deutliche und unmissverständliche Distanzierung von Stalins Kriegs- und Men-

schenrechtsverbrechen sowie Schritte zur Einleitung von Regulierungen des Schadens, darunter die Achtung des Hitler-Stalin-Paktes und seiner Konsequenzen für die betroffenen Staaten.

* Beendigung des sowjetischen Krieges in Afghanistan

* Abrüstung nicht nur in Bereichen, die den Sowjets Vorteile verschaffen.

Die Erfüllung dieser Forderungen führen nicht zum Zusammenbruch der UdSSR und ihrer unbestrittenen Machtposition neben den USA. Darum gibt es keinen Grund ein fragwürdiges Mitgefühl mit Gorbatschow zu bekommen und ihm vor Abklärung seiner nach westlichen Maßstäben berechneten Aufrichtigkeit Hilfsaktionen zukommen zu lassen.

Immer wieder wird auch bemerkt, dass sich Gorbatschow nicht wird halten können. Eine wirtschaftliche Hilfe, könnten sich dann Nachfolger zunutze machen, denen man diese Hilfe nicht hätte zukommen lassen wollen.

A.Klimaitis

IN DIESER AUSGABE

- Offensivwaffen
- Mehr Druck auf Juden
- Baltikum : Sowjets unerwünscht
- 10 Jahre Helsinkigruppe in Ukraine
- Schriftstellerstreit in Lettland
- Rum. Demokr. Aktionen Nur 6 % für KP

Europarat verurteilt Sowjets

Baltische Frage gehört vor KSZE!

Erst am 28. Januar dieses Jahres hat der Europarat in Strassburg während seiner parlamentarischen Vollversammlung eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der es unter anderem heisst: "dass die gewaltsame Eingliederung der drei baltischen Staaten durch die Sowjetunion eine flagrante Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der (baltischen) Völker war

und ist, und von den meisten europäischen Staaten und vielen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft bis heute nicht anerkannt wurde". Weiter heisst es: "dass politisch gesehen, eine Lösung des baltischen Problems im Gesamtrahmen der Ost-West-Beziehungen gesucht werden muss"... und dass dies "vor allem im Rahmen der KSZE zu erörtern" sei.

Die Entschliessung endet denn auch mit einer verbindlichen Aufforderung an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die an der KSZE-Konferenz in Wien teilnehmen, das baltische Thema in Wien zu behandeln.

Herr Gorbatschow irrt sich also gewaltig, wenn er sagt, die Sowjetisierung des Baltikums sei erfolgreich.

Fortsetzung nächste Seite

Litauen gemieden

Innenpolitisch, die Balten pflegen lieber "besatzungspolitisch" zu sagen, spricht es ja Bände, wenn sich seit 1940, seit der Besetzung also, kein KPdSU-Führer in die baltischen Staaten traute. Gorbatschow hat auch diesmal nicht alle drei Länder besucht, wie Radio Moskau noch am 17. Februar meldete. Einen Litauenbesuch hätte er fallengelassen.

Die jahrzehntelange Besuchsabsts der jeweiligen KP-Führer - also selbst Stalins - macht deutlich, dass die "erfolgreiche Systemetablierung" wohl eher unerfreulich vor sich ging. Dafür spricht auch der viel fältige Widerstand in der besetzten Ländern, der von 1940 bis 1955, also während 15 Jahren militärisch vor sich ging. Auch gegen die Deutschen auch während der drei Jahre Nazi-Okkupation.

Bis in die heutige Zeit ist der Widerstand ungebrochen, wenn er auch nicht mehr militärisch vor sich gehen kann. Allein in Litauen wurden seit 1972 mehrere hunderttausend Protestunterschriften wegen der Verhältnisse abgegeben. In Litauen existiert auch die relativ höchste Erscheinungsquote von Untergrundzeitschriften. Alleine 15 Titel sind dokumentiert. Erst vor wenigen Tagen haben wieder zwei Untergrundzeitungen den Westen erreicht.

Aus einer Studie, die anhand bekannter Zahlen erstellt wurde, geht hervor, dass über 30 Prozent der volkszugehörigkeitsmässigen politischer Gefangenen in der UdSSR von Balten gestellt werden, obwohl sie nur 3 Prozent der Gesamteinwohnerzahl darstellen, die die UdSSR für ihren Herrschaftsbereich geben.

Diese wenigen Beispiele zeigen weiterhin, dass von einer "erfolgreichen Sowjet-Etablierung" zu sprechen,

wie Herr Gorbatschow es ja während seines Baltikum-Besuches tat - Propaganda ist.

Herr Gorbatschow erwähnte last not least als positive Entwicklung die enorme Industrialisierung der baltischen Staaten seit 1940. Bekanntlich ist die UdSSR auch heute noch einer der rückständigsten Industriestaaten Europas.

Das gibt sie sogar jetzt selber zu (Glasnost!) und sieht man an ihrer Unfähigkeit im High-Technology-Bereich

Es ist also wirklich eine Milchmädchenrechnung, die Herr Gorbatschow bezüglich des Baltikums macht, wenn er sagt: "die böswilligen Erfindungen der Balten im Westen seien widerlegt durch die positiven Zahlen des industriellen Wachstums in Estland, Lettland und Litauen.

Es ist doch jedermann klar, dass die Industrialisierung, die überall in Europa in den letzten 40 Jahren anwuchs, auch in unabhängig gebliebenen baltischen Staaten zugenommen hätte. Mit seinen oben erwähnten Behauptung hat der KPdSU-Generalsekretär die gerechten Anliegen der Balten hier im Westen überhaupt nicht widerlegt.

Auf dem Weg zur Konsolidierung der arg in Bedrängnis geratenen Sowjetunion kommt Herr Gorbatschow letztlich doch nicht darum herum, das Baltikum-Problem, diese unselige Erbschaft aus der Stalinzeit, zu lösen. Gorbatschow zitierte erst kürzlich Lenin, als er Kritiker seines Kurses treffen wollte, mit folgenden Worten: "Partei und Volk brauchen die ganze Wahrheit, im Grossen und im Kleinen..." "Lüge und Halbwahrheit verderben das Bewusstsein, deformieren die Persönlichkeit, stören die Erkenntnis realistischer Folgerungen und Einschätzungen..."

Wie wahr, Herr Gorbatschow.

"Das 'Militär-Bulletin' der Presseagentur Nowosti veröffentlicht Angaben über die Anzahl der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA (nach dem Stand vom 11. Oktober 1986). Diese Angaben händigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 12. Oktober 1986 beim Treffen in Reykjavik dem USA-Präsidenten Ronald Reagan aus. Sie wurden bisher nie veröffentlicht."

Angaben über die Anzahl der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA (nach dem Stand vom 11. Oktober 1986):

Startanlagen für ICBM: (ballistische Interkontinentalraketen -Anm.d.Red.)
1398 UdSSR 1018 USA

Darunter: Startanlagen für ICBM mit zielsuchenden MIRV: (Mehrfachsprengköpfen -Anm.d. Red.)

820 UdSSR 550 USA

Startanlagen für SLBM (auf Unterwasserschiffen stationierte ballistische Raketen -Anm.d.Red.)

922 UdSSR 672 USA

Darunter: Startanlagen für SLBM mit zielsuchenden MIRV:
352 UdSSR 640 USA

ICBM- und SLBM-Startanlagen insgesamt:
2320 UdSSR 1690 USA

Darunter: Startanlagen für ICBM und SLBM mit zielsuchenden MIRV:
1172 UdSSR 1190 USA

Schwere Bombenflugzeuge:
160 UdSSR 518 USA

Darunter: Schwere Bomber mit Marschflugkörpern
53 UdSSR 127 USA

Startanlagen für ICBM, SLBM und schwere Bomber insgesamt:
2480 UdSSR 2208 USA

Darunter: Startanlagen für ICBM und SLBM mit zielsuchenden MIRV und schwere Bomber mit Marschflugkörpern:
1225 UdSSR 1317 USA

Insgesamt Sprengladungen auf strategischen Trägersystemen:
10000 UdSSR 14800 USA



Österreich: Initiative zu Religionsfreiheit und Menschenrechte

Auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), hat die österreichische Delegation einen Vorschlag zum Thema Menschenrechte und Religionsfreiheit eingebracht.

Kultursymposium zwischen Österreich und Polen angeregt

Ein gemeinsames österreichisch-polnisches Kultursymposium wurde von Vertretern beider Staaten angeregt. Dazu erklärte der österreichische KSZE-Botschafter Torovsky, dass es dabei in erster Linie um das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes gehe.

Sich mehr für Menschenrechte einsetzen

Das Engagement der Kirchen für den Frieden sollte vermehrt auch den Schutz der

Menschenrechte umfassen. Die Stärkung des Völkerrechts gehöre zu den vordringlichen kirchlichen Aufgaben. Ein weltweites Friedenskonzil, wie dies von Carl Friedrich von Weizsäcker angeregt worden war, müsste den Zusammenhang zwischen Recht und Frieden deutlich machen. Diese Ansicht vertrat Pfarrer Eckehart Lorenz (Heidelberg) auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Baden in Bad Herrenalb. Er warnte vor unrealistischen Erwartungen an ein Friedenskonzil, wie zum Beispiel, dass "die politische Führung kommunistischer Staaten sich die tausendfach erklärte Absicht einer politisch-militärischen Eroberung der Welt herrschaft aus dem Kopfe schlägt". Lorenz war bis Mitte 1985 Studienreferent des Lutherischen Weltbundes in Genf.

INTERNATIONAL

Moskau veröffentlichte Zahlen über Offensivwaffen

Sie wurden Präsident Reagan in Reykjavik zugänglich gemacht

Die sowjetische Presseagentur "Nowosti" hat Zahlen über die sowjetischen atomaren Offensivwaffen veröffentlicht. Sie wurden nach dem Bericht der Agentur am 12. Oktober 1986 bei dem Treffen von Reykjavik durch KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow

dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zugänglich gemacht. Laut "Nowosti" sind sie bisher nicht veröffentlicht worden. Ostrnachrichten bringt den Wortlaut entsprechend der deutschsprachigen "Nowosti"-Version.

Gefährlicher Transport über Finnland

26.000 Neue Testamente, 1.500 Bibeln und andere religiöse Literatur habe Leo Meller, Leiter des Missionswerkes "Patmos" nach Ermittlung eines Gerichtes in Helsinki in die Sowjetunion "geschmuggelt". Berichten zufolge hat das finnische Gericht Leo Meller wegen Bibelschmuggel in die Sowjet-

union jetzt zu 22 Monaten Gefängnis und 60.000 DM Geldbusse verurteilt.

Das finnische Gesetz verbietet den Transport kyrillischer Schriften durch das Staatsgebiet. Darüber hinaus hat die finnische Regierung seit langem einen immer wieder erneuerten Vertrag mit der

Sowjetunion, nach dem sich Finnland verpflichtet, aus der Sowjetunion geflohene "kriminelle Elemente" in die Sowjetunion zurückzuführen. Dadurch wurde u.a. 1980 Vjatsjeslav Tjerepanov nach seiner Flucht aus der UdSSR von der finnischen Polizei für 3 Tage festgesetzt und dann in die Sowjetunion ausgeliefert, wo er zu 12 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Im Januar 1986 gab es eine vermutliche sowjetisch-finnische Zusammenarbeit bezüglich des Verbots der finnischen Regierung gegen den Film "Born in America", der unter der Regie von Renny Harlin das Schicksal eines Amerikaners schildert,

der durch einen illegalen Grenzübertritt in die Hände sowjetischer Soldaten gefallen war. Dieser Film ist eine Gemeinschaftsproduktion zwischen Finnland und den USA.

Finnlands Gefälligkeiten gegenüber der Sowjetunion wurden 1983 vom NATO-Oberkommando als Widerspruch zur Neutralität ausgewiesen. Finnlands Armee ist u.a. mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, wie etwa sowjetische Jagdbomber, Raketenartillerie, Schützengewehr "Kalaschnikow". Generalstabs-offiziere werden u.a. in Moskau ausgebildet.

Europaparlament urgiert polnischen Landwirtschaftsfonds

Das Europäische Parlament hat die polnische Regierung aufgefordert, "die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, damit der Dialog mit der katholischen Kirche über den privaten Landwirtschaftsfonds wieder in Gang gesetzt werden kann." Die von der Europäischen Gemeinschaft dafür bereits seit langem bereitgestellten Mittel würden zur Verfügung stehen, heisst es in einer in Strassburg verabschiedeten Erklärung

Der Agrarfonds, der aus Beiträgen westlicher privater

und staatlicher Stellen errichtet werden soll, ist zur Stärkung der polnischen Landwirtschaft vorgesehen.

Da die Regierung in Warschau die Verhandlungen mit der katholischen Kirche, der die Verwaltung obliegen soll, immer wieder in die Länge zog, stellten die Bischöfe alle Bemühungen um die Schaffung des Fonds vor mehreren Monaten ein. Unter anderem hatte die Europäische Gemeinschaft 1985 und 1986 jeweils 15 Millionen Schilling für das Projekt bereitgestellt.

UDSSR

Gorbatschow wendet "neostalinistische Methoden" gegen Juden an

Aktionsgemeinschaft: Sowjetisches Judentum soll dezimiert werden

Die Anwendung neostalinistischer Methoden gegen die Juden in der UdSSR hat die Aktionsgemeinschaft für die Juden in der Sowjetunion (Zürich) dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow vorgeworfen.

Die Repressionen dienen dazu, das "sowjetische Judentum zu dezimieren, die jüdische Identität und die jüdisch-nationale Bewegung auszurotten", heisst es in einer jetzt veröffentlichten Erklärung.

Zur Bekämpfung der Juden werde auch der Geheimdienst KGB eingesetzt.

Durch Einschüchterungsversuche, körperliche Gewalt bis hin zu Verstümmelungen sollen, so die Aktionsgemeinschaft, Gefangene vor Gericht bis hin zu sogenannten "öffentlichen Geständnissen und Widerrufern" gezwungen werden. "Nicht genehme Ele-

mente", die vom offiziellen politischen Dogma abwichen, würden in Straflager eingeliefert. Kritisiert werden ferner die "fortschreitenden Bemühungen", die sowjetischen Juden von telefonischen, brieflichen oder direkten Kontakten mit Besuchern aus dem Westen zu isolieren.

Die gegenwärtigen offiziellen Angriffe gegen die jüdische Kultur und Literatur sowie die hebräische Sprache seien die Fortsetzung stalinistischer Attacken auf jüdische Organisationen. Wörtlich heisst es: "Jene Synagogen, jüdische Schulen, Druckereien, Buchläden und Theater, die bereits unter Stalin geschlossen waren, bleiben es auch heute noch." In den sowjetischen Medien würden die Juden als zionistische Agenten, Provokateure oder Verbindungsleute zu ausländischen Geheimdiensten diffamiert.

400.000 Juden wollen UdSSR verlassen - nur 800 durften 1986 ausreisen

Nach Angaben der Aktionsgemeinschaft leben in der UdSSR rund 2,5 Millionen Juden. 400.000 davon wollten das Land verlassen. Allerdings hätten dies erst 20.000 Juden schriftlich beantragt. Die anderen befürchteten Repressionen. Wie eine Sprecherin der Organisation mitteilte, verlieren fast alle Antragsteller ihren Arbeitsplatz und müssen mit einer Verhaftung rechnen. Nach ihren Worten durften im vergangenen Jahr nur etwa 800 Juden die Sowjetunion verlassen.

Keine Anzeichen für Liberalisierung der sowjetischen Religionspolitik

Bald ein Drittel der sowjetischen Gesamtbevölkerung Moslems?

Keine Anzeichen für eine Liberalisierung der sowjetischen Religionspolitik unter Parteichef Michail Gorbatschow sieht der aus der UdSSR ausgebürgerte Sprach- und Literaturwissenschaftler Prof. Mark Zonis. Auf einer Veranstaltung der "Deutsch-Russländischen Gesellschaft" in Bad Homburg, bezeichnete es Zonis als Propaganda, wenn sowjetische Kirchenführer behaupteten, es gebe keine Verfolgung von Christen in der UdSSR. Es sei nach wie vor das Ziel der kommunistischen Machthaber, jede Form von Religion "zu zerstören": "Die marxistisch-leninistische Ideologie duldet keine Religionen neben sich."

Sie würden als Gefahr für die absolute Machtposition der Partei betrachtet. Laut Zonis, der 1972 ausgebürgert wurde, leben in der UdSSR rund 60 Millionen Moslems: "In wenigen Jahren werden es bereits 80 Millionen sein, fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung."

Zur Lage der 2,2 Millionen Juden sagte Zonis, sie hätten unter besonders starker Unterdrückung zu leiden, da Israel zu den Hauptfeinden der Sowjetunion zähle: "Zionisten und Nazis werden auf eine Ebene gestellt." 300.000 Juden hätten in den letzten 17 Jahren die UdSSR verlassen können. Jetzt dürften nur noch wenige hundert im Jahr ausreisen.

Grösste Schlappe für Sowjetkommunismus: Der christliche Glaube lebt

Auf der gleichen Veranstaltung wies der Vorsitzende der Gesellschaft, Major a. D. Siegfried Keiling, darauf hin, dass sowjetischen Zeitungsmeldungen zufolge immer mehr Jugendliche den Wunsch hätten, sich kirchlich trauen zu lassen.

Als "grösste Schlappe für den Sowjetkommunismus" bezeichnete er das Scheitern aller Versuche, den Menschen den christlichen Glauben zu entreissen. Zu Gorbatschow meint Keiling, obwohl er sich für den Westen pragmatisch und reformerisch gebe, habe sich am unterdrückerten System in der UdSSR nichts geändert.

OSTMILITÄR

Neuer Atomeisbrecher der Sowjets für die Arktis

Tanker mit Segeln für freundlichere Gewässer

Die Sowjetunion baut nicht nur ihren ersten mit Segeln ausgerüsteten Tanker, sondern auch einen weiteren grossen Atomeisbrecher. Beide Schiffe sollen spätestens 1989 vom Stapel gelaufen sein. Dies berichtete die Ost-Berliner Presse.

Bei dem Eisbrecher handelt es sich um das fünfte und letzte Schiff der "Arktika"-Klasse. Es soll "Oktjabrskaja Rewoljutsa" heissen und spätestens 1990 einsatzbereit sein. Die Schiffe dieses Typs haben eine Maschinenleistung von 75.000 PS und verdrängen bei 150 Meter Länge und 30 Meter Breite 23.500 Tonnen.

Zusammen mit dem Veteranen "Lenin", der zwischen 1966 und 1972 wegen eines schwe-

ren Reaktorunfalls nicht betriebsfähig war, dienen sie dazu, den nördlichen Seeweg entlang der sibirischen Küste möglichst ganzjährig offen zu halten. Nach östlichen Berichten ist dies für den westlichen Teil zwischen der Kola-Bucht und Pewek auf der Tschuktschenhalbinsel schon erreicht, im östlichen Teil aber erst acht bis neun Monate möglich.

Der nördliche Seeweg stellt die dritte West-Ost-Verkehrslinie in der Sowjetunion dar und ist für die Erschliessung der sibirischen Küstenregion mit ihren grossen Naturschätzen im Hinterland unverzichtbar. Die beiden anderen Magistralen sind die bekannte Transsibirische Eisenbahn sowie die nördlich davon verlaufende neue Baikamur-Magistrale (BAM).

Fortsetzung nächste Seite

Ganz im Gegensatz zu den mächtigen Atomeisbrechern für die arktische Eisroute steht der Segeltanker, dessen Konstruktionsunterlagen in Leningrad fertiggestellt worden sind. Die Segel bestehen allerdings nicht aus klassischer Leinwand. Vielmehr

handelt es sich um Kunststoff- folie, die an zusammenklapp- baren Metallrahmen ange- bracht ist. Diese Segelrahmen sitzen an drehbaren, zylindrischen Masten. Das Schiff soll 1989 vom Stapel laufen und über gut 20.000 Tonnen Tragfähigkeit verfügen.

Sowjets mit neuer BMP-Variante

Bei den sowjetischen Pionier- truppen hat die Ausrüstung mit einem neuen schwimm- fähigen Aufklärungspanzer begonnen, der auf der Basis des Schützenpanzers BMP entwickelt worden ist. Er trägt die Bezeichnung IRM (Inshenernaja Raswedwaltei- naja Maschina). Das 17 Tonnen schwere Ketten- fahrzeug, das Ende 1985 erkannt wurde, hat eine Laufrolle mehr als der BMP, also sieben.

Nach Meinung westlicher Analytiker wird der 8,2 Meter lange Panzer (BMP: 6,6 Meter) auch zur Erkundung von Küstengebieten vor Lande- operationen benutzt. Er ist auch zur Minensuche zu verwenden. Die Bewaffnung mit einem 7,62-Millimeter- Maschinengewehr PKT ist unbedeutend, die Geschwindig- keit im Wasser mit vier Knoten recht gering.

BALTIKUM

Keine erfolgreiche Etablierung der Sowjets

von A.Klimaitis

Völker hört die Signale, in Moskau tut sich was: Glasnost, Perestroika (Durchsichtigkeit, Umgestaltung) Demokratisierung, Selbst- bestimmung. Doch die baltischen Völker bekommen keine neuen Signale zu hören, das muss man - leider - nach dem Besuch von Herrn Gorbatschow Mitte Februar im Baltikum feststellen.

Da lässt sich Herr General- sekretär in Moskau, neben Stalin-Erstdemontierer Chruschtschow, als Entstalinisierer feiern. Man denke nur an die Zulassung und Protegierung des Films "Die Beichte", in dem Stalin als Tyrann dargestellt wird, an eine Vielzahl von Artikeln, an Theaterstücke, Romane, die jetzt erscheinen dürfen und mit der Stalinzeit ab- rechnen.

Aber jetzt in Riga war es Herr Gorbatschow persönlich gewesen, der eine der grössten Peinlichkeiten in der Sowjet- geschichte, den Hitler-Stalin- Pakt, also den sowjetisch- faschistischen Vertrag - in der ausdrücklich die illegale "Kassierung" der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen durch Sowjetrußland beschlossen und durchgesetzt wurde - einen "heroischen Kampf" für die Etablierung der Sowjet- macht" nannte.

Die Tatsache, dass die Rote Armee in die neutralen, für die Sowjetunion unbedroh-

lichen Staaten einrückte, und Panzer in allen wichtigen Zentren der Länder standen, bezeichnet Herr Gorbatschow als "die Entscheidung der baltischen Völker für den Sozialismus". Die Balten können dazu nur sagen: das ist blanke Zynismus. Was hat das mit Perestroika und Glasnost zu tun?

Herr Gorbatschow ist, soweit uns bekannt ist, der erste Sowjetführer überhaupt (inklusive Lenin), der als KPdSU- Chef die baltischen Staaten besucht. Und das auch noch im Zeichen von "Perestroika" = Umgestaltung. Da hatten die Balten etwas erwartet, zumal er vorher, während des Moskauer-Friedensforums von Selbstbestimmung und Frieden für alle Völker dieser Erde sprach.

Von diesem seinem Ausspruch her hatten die Letten, Litauer und Esten selbstverständlich das Recht sich auch ange- sprochen zu fühlen.

Während des kürzlichen Mos- kauer Friedensforums empfahl Gorbatschow die Abschaffung aller ausländischen Stützpunk- te - und fügte hinzu: "Dies gilt auch für uns." Auch dieser bemerkenswerte Satz liess aufhorchen. Davor schon fiel von ihm der berühmte gewordene Ausspruch: "Wir brauchen Demokratie, wie die Luft zum atmen."

Man fragt sich nach dem Baltikum-Besuch des höchsten

Mannes des Kremls: wann sollen diese schönen Worte endlich für die Litauer, Letten und Esten zur Geltung kommen und warum hat er ausgerechnet die illegale, völkerrechtswidrige Annexion, diese widerwärtige Demütigung dreier ohnmächtig gemachter Staaten, als "heroische Tat" bezeichnet? Dieser Ausspruch war ein schlimmer Fehler und mindert seine Glaubwürdigkeit, denn den Ereignissen von 1939/1940 haftet nichts Heroisches an. Die Ereignisse stellen ganz nüchtern die unumstößliche Tatsache dar, dass Stalin-Russland und Hitler- Deutschland, bewusst ihrer absoluten Machtüberlegenheit, skrupellos Land an sich rissen, das ihnen nicht gehörte.

Eine andere Sache ist, dass Hitler-Deutschland letztlich auch daran zerbrach. Deutschland hält kein fremdes Land mehr gewaltsam fest. Die UdSSR, überlebender Vertrags- partner dieses unseligen

faschistisch-kommunistischen Paktes, sollte nun endlich "Perestroika" im Baltikum realisieren. Das brächte ihr nur Pluspunkte ein.

UdSSR aussenpolitisch isoliert

Wenn Herr Gorbatschow sagt, wie bei seinem Besuch geschehen, die Etablierung der Sowjetmacht im Baltikum habe eine erfolgreiche Ent- wicklung zur Folge gehabt, dann täuscht er sich selber oder will täuschen.

Aussenpolitisch steht er mit dieser Bemerkung im Westen auf verlorenen Posten. Weder die USA, Kanada, Australien noch die meisten westeuropäischen Staaten unter ihnen seien nur Gross- britannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutsch- land genannt, haben die Annexion bis heute nicht anerkannt. Das ist sicher keine erfolgreiche Entwick- lung, wie Gorbatschow meinte.

UKRAINE

"Wir glauben an unseren Erfolg" - zehn Jahre ukrainische Helsinki-Gruppe

Am 9. November 1976 empfing der Schriftsteller Mykola Rudenko in seiner Wohnung Gäste, wie sie rar sind in der Kiewer Literatensiedlung Kotscha Saspa, in der privilegierte Künstler leben: Es war das Gründungskomitee der "Ukrainischen Gruppe zur Beobachtung der Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki". Sie hatten noch am gleichen Abend Gelegen- heit zu überprüfen, wie sich das KGB zu KSZE-Schlussakte und anderen Menschenrechts- erklärungen stellt: Steine flogen bis hinauf in den zweiten Stock, zertrümmerten Fenster und Balkontüren, einer von ihnen traf das 70-jährige Gründungsmitglied Oksana Meschko an der Schulter.

Ein Jahr zuvor, im August 1975, hatten in der finnischen Hauptstadt die Vertreter von 35 Staaten ein Abkommen unterzeichnet. In "Korb 3" der KSZE-Akte verpflichteten sich die Teil- nehmerstaaten, ihren Bürgern elementare Menschenrechte zu garantieren.

Die zehn Bürgerrechtler aus Kiew waren nicht die einzigen, die hofften, mit der KSZE-Unterschrift sei die Sowjetregierung tatsäch- lich Verpflichtungen einge- gangen. Denn wenn das Ab- kommen auch eher einen deklarativen als einen rechts-

bindenden Charakter hatte: die Sowjetregierung hatte zulassen müssen, dass das Problem der Menschenrechte zu einem Thema internatio- nalen Interesses wurde; nun konnte sie nicht mehr jede Kritik an ihrer Verletzung als "Einmischung in die Innen- politik" werten.

Im März 1976 entstand in Moskau die Bürgerrechtsgruppe zur Beobachtung der Verwirk- lichung der Beschlüsse von Helsinki, unter dem Vorsitz des Physik-Professors Jurij Orlov. Im November folgte die ukrainische Gruppe; gleichzeitig entstanden solche Gruppen auch in Armenien, Grusinien sowie im sowjetisch besetzten Litauen.

Zum ersten mal pflegten Bürgerrechtler aus verschie- denen "Republiken" organisier- ten Kontakt miteinander - wenn auch insgesamt nicht mehr als 300 Wissenschaftler, Künstler und Literaten ihre Mitgliedschaft in den einzel- nen Gruppen erklärten.

Dennoch erschienen sie dem Staatssicherheitsdienst KGB als besonders gefährliche Verschwörer: um so mehr, als zur gleichen Zeit in Polen das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, KOR, entstand, in der CSSR die Bürgerrechts- bewegung Charta 77.

Fortsetzung nächste Seite

Die Zahl 300 mag für westliche Verhältnisse gering erscheinen - doch ist es nicht angebracht Bürgerrechtsgruppen in der UdSSR mit dem Maßstab westlicher politischer Bewegungen zu messen. "Ein einziges Streichholz genügt, um einen ausgedörrten Heuhaufen in Brand zu stecken" erklärte ein Moskauer Bürgerrechtler die unterschiedliche Realität.

Intellektuelle und Künstler unter sich

So waren denn auch die zehn Gründungsmitglieder der ukrainischen Helsinki-Gruppe optimistisch: "Wir glauben an unsere Rechtmäßigkeit und an unseren Erfolg. Die Menschen können schliesslich nicht lange eine Rechtsordnung dulden, die anständige und mutige Menschen nur deshalb in Gefängnisse und Lager bringen lässt, weil sie anders denken und nicht heucheln können und wollen." Um so leichter war es für das KGB, mit ihnen abzurechnen. Schon im März 1977 wurde Gruppenvorsitzender Rudenko verhaftet, im Juli wurde er verurteilt. Das Urteil, sieben Jahre Lager, fünf Jahre Verbannung, war ungewöhnlich hoch. Noch höher (10 Jahre Lager und fünf Jahre Verbannung) wurde es für den "Rückfalltäter" Oleksa Tychyj; der ehemalige Lehrer aus dem Gebiet Denozek war bereits 1957 aus politischen Gründen verurteilt worden. Oleksa Tychyj starb 1984 im Perner Lager.

Den Vorsitz der Gruppe übernahm der Science-Fiction-Schriftsteller Oles Berdnyk - "rehabilitiertes" Opfer des Stalin-Terrors. Unter seiner Führung veröffentlichte die Gruppe bis Dezember 1977 sechs Memoranden

sowie eine gemeinsame Erklärung mit der Moskauer Helsinki-Gruppe. Im Samisdat verbreitet wurde ausserdem ihr "Manifest der ukrainischen Bürgerrechtsbewegung", Briefe an die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad, sowie mehrere Bittschriften in Sachen Rudenko und Tychyj.

In allen Veröffentlichungen nimmt die nationale Frage der Ukraine eine enge Verbindung der allgemeinen Menschenrechte und der nationalen Rechte der ukrainischen Bürger: "Die Bemühungen des Partei- und überhaupt des Sowjetapparats sind darauf ausgerichtet, die Reste des Nationalbewusstseins des ukrainischen Volkes zu töten und das Ukrainertum auf eine mehrstündige Sendezeit in Radio und Fernsehen zu reduzieren. Jeder, der über die Menschenrechte in der Ukraine nachdenkt, stösst auf das Problem der nationalen Rechte des ukrainischen Volkes." Für nationale Rechte sind bis heute Tausende ukrainischer Intellektueller, Künstler, Schriftsteller, aber auch Bauern und Arbeiter im sowjetischen Gulag bestraft worden.

In den Jahren 1978-1981 werden alle Gründungsmitglieder der Helsinki-Gruppe verhaftet und abgeurteilt. "Anfänger" wie Petro und Wasyl Sitschko, Josef Sisels oder Jurij Lytwyn bekommen zunächst drei Jahre, doch diese "milden" Strafen werden noch im Lager verdoppelt und sogar verdreifacht. Jurij Lytwyn begeht daraufhin Selbstmord. "Rückfalltäter" wie Lewko Lukjanenko und Iwan Kandyba bekommen sogleich 10 Jahre "besonderen Regimes". Doch zunächst einmal schrecken die Strafen nicht ab: in den Jahren 1978-1979 kommen neue Mitglieder hinzu - die langjährige politische Gefangene Danylo

Schumuk, Swjatoslaw Karawanskyj, Bohdan Rebryk - alle wegen "Nationalismus" in Haft - werden vom Lager aus Mitglieder, der politische Gefangene Wjatscheslaw Tschornwil schliesst sich aus der Verbannung heraus der Gruppe an - und wird sogleich erneut zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Ein "Informationsbulletin" erscheint mehrfach, die Gruppe verbreitet einen Brief an die UNO-Menschenrechtskommission über die Verfolgung von Gruppenmitgliedern, nahezu alle neuen Mitglieder veröffentlichen Beitrittsklärungen mit den Motivationen ihrer Entscheidung.

Kutschino: Das Sammellager der zerschlagenen Gruppe

Die Gruppe zählt nun 37 Mitglieder - alle "prominente" politische Gefangene. Zu ihnen gehören aber auch "Verbrecher" wie Witalij Kalynytchenko, der 1964 versucht hatte, die Grenze nach Finnland zu überschreiten und deshalb wegen Vaterlandsverrat zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde; er verzichtet auf seine sowjetische Staatsangehörigkeit und schliesst sich der Helsinki-Gruppe an, denn: "Uns Ukrainern wird ein Minderwertigkeitskomplex anezogen"; Kalynytchenko büsst sein "Verbrechen" erneut mit zehn Jahren verschärfter Haft im Isolationslager Kutschino 36-l.

Dieses Lager war inzwischen überhaupt zum Aufenthaltsort der Ukrainischen Helsinki-Beobachter geworden. Hier starb im September 1985 der Dichter Wasyl Stus, der 1980 kurz nach seiner Rückkehr in die Freiheit der Gruppe beitrug - und dafür 10 Jahre Haft bekam. Hier sitzt Gründungsmitglied

Lewko Lukjanenko, nach Kutschino kommt 1981 sein Kollege Iwan Kandyba.

Auch der Jurist Kandyba war 1961 wegen der Bildung des "Ukrainischen Arbeiter- und Bauernbundes" zu 15 Jahren Haft verurteilt worden, nach seiner Rückkehr in ein kleines Dorf bei Lemberg unter Polizeiaufsicht verbannt, schilderte er als einer der ersten in einer detaillierten Reportage die Lebensbedingungen eines Bürgerrechtlers "unter administrativer Aufsicht" - die einer Haft nahezu gleichkommt.

In Kutschino sitzen die "Rückfalltäter", die Lehrer Iwan Sokulski und Wasyl Owsijenko, Helsinki-Beobachter seit 1980.

Ein weiteres Opfer der KGB-Willkür schloss sich der Gruppe an. Der heute 50-jährige Jurij Schuchewytsch hat nur seine Kindheit als freier Mensch verbracht: als Sohn des Kommandeurs der ukrainischen Partisanenarmee UPA, Taras Schuchewytsch-Tschuprynka, wurde er 1948 als 14-jähriger in Sippenhaft genommen. Nach weiteren zehn Jahren in einem sibirischen Straflager wurde Schuchewytsch 1972 zu 16 Jahren Haft verurteilt, weil er begonnen hatte, seine Erinnerungen niederzuschreiben.

Der jetzige Zustand der ukrainischen Helsinki-Gruppe:

Drei ihrer Mitglieder leben im Westen - drei sind in der Haft gestorben, einer verübte Selbstmord; Einige befinden sich noch in Haft oder Verbannung und die anderen enthalten sich, meist als Invaliden nach Hause zurückgekehrt vorerst weiterer bürgerrechtlicher Aktivitäten.

LETLAND

Bald kasachische Verhältnisse?

Offener Streit zwischen Schriftstellern und Partei um Nationalitätenpolitik in Lettland

Lettische Schriftsteller und Publizisten benutzen die von Gorbtschow verordnete Kampagne der "Neuen Offenheit", um gegen die zunehmende Diskriminierung der lettischen Sprache und Kultur in Lettland zu protestieren. Inzwischen sind diese Proteste zu einer offenen Kontroverse zwischen dem Schriftstellerverband und der kommunistischen Partei eskaliert. Weite Kreise der Bevölkerung

haben sich dabei mit den Schriftstellern solidarisiert.

Zunehmende Proteste gegen Russifizierung

Seit über einem Jahr fordert eine Reihe bekannter Intellektueller in vielen Reden und Publikationen mehr nationale Rechte, die Beendigung der geistigen Bevormundung durch die von Russen beherrschte KP, die Wiederein-

führung des Lettischen als zumindest gleichberechtigte Amtssprache in Behörden und öffentlichem Leben, die Rücknahme der Verminderung der Stundenzahl in lettischer Geschichte, Sprache und Literatur in den Schulen sowie die Zunahme der Herausgabe lettischer Bücher und Zeitschriften, die bereits unter 50 Prozent gesunken ist.

Letten contra Russen: "Was ist zwischen uns?"

Auftakt zu diesen Protesten war der fast sensationell anmutende Artikel des bekannten Dramaturgen P. Putnins "Was ist zwischen uns?" in der Wochenzeitschrift "Literatur und Kunst", in der dieser - für Verhältnisse im sowjetisch besetzten Lettland erstaunlich schonungslos - den "verheerenden

Entfremdungsprozess" zwischen Letten und Russen beschrieb, der zu einer "starken Absonderung" beider Nationalitäten geführt hat. Den im Zuge einer allzu forcierten, den örtlichen Gegebenheiten widersprechender Industrialisierung zugewanderten Russen - sie werden als "Gäste" bezeichnet - wirft er vor, ihre "eigene Ordnung einzuführen" und zu "diktieren". Zum ersten Mal seit über 25 Jahren dürfte sich ein Lette so offen über die zugespitzte Lage zwischen Letten und Russen äussern!

Erregte Debatte auf dem Schriftstellerkongress Lettlands

in Riga

Der Artikel von P. Putnins führte zu einer grossen Soli-

daritätswelle mit dem Autor. Auf dem Schriftstellerkongress im Frühsommer 1986 wurde der Kulturminister A. Bulis mit unbequemen Fragen und harten Vorwürfen regelrecht bombardiert. Ihm warf man u.a. vor, sich nicht gegen die Benachteiligung der lettischen Sprache, Geschichte und Kultur bei der Durchführung der Schulreform und der Aufstellung der neuen Stundenpläne einzusetzen. Der Publizist A. Dripe deckte auf, dass aufgrund der "Unzufriedenheit und Empörung" der Eltern und der "zu Hilfe gerufenen Schriftsteller" die geplante Abschaffung mündlicher Prüfungen in lettischer Literatur zwar auf Eis gelegt, aber noch nicht endgültig vom Tisch sei.

Der bekannte lettische Dichter I. Ziedonis legte sich offen mit dem Leiter der Abteilung Kultur im ZK der KP Lettlands A. Goris an. Für seine herbe Kritik an der deutlichen Unterrepräsentierung lettischer Kultur während des letzten Sängerfestes - seit über 100 Jahren und insbesondere nach der sowjetischen Okkupation 1940 bedeutendstes nationales Symbol der Letten - im Sommer 1985, war er von A. Goris öffentlich gerügt worden. Auf dem Kongress wiederholte I. Ziedonis nun seine Vorwürfe demonstrativ mit den gleichen, z.T. sogar mit noch härteren, Formulierungen.

Lettische Proteste auch auf dem Schriftstellerkongress der UdSSR in Moskau

In seiner Rede warnte der Vorsitzende des lettischen Schriftstellerverbandes J. Peters eindringlich vor einer zunehmenden "Denationalisierung" und der "drohenden Tendenz des weiteren Absinkens des lettischen Bevölkerungsanteiles auf Grund der angespannten demographischen Situation Lettlands".

K. Elsberg (Sohn der fast während der gesamten 70-er Jahre mit Publikationsverbot belegten Dichterin V. Belsevica) sprach in einem von der "Literaturnaja Gazeta" veröffentlichten Beitrag über seine Kongresseindrücke von einem kaum verhohlenen "Nihilismus" gegenüber Letten seitens der Parteikader der KP Lettlands.

Pessimismus und zunehmende Warnungen vor neuen Repressionen

Unüberhörbar sind jedoch auch Stimmen, die vor zu grosser Hoffnung und Euphorie warnen. In einem von der Konsomolzeitung veröffentlichten Leserbrief gibt eine Autorin den Protesten der Bevölkerung gegen die Russifizierung keine Erfolgsaus-

sichten und zitiert das bekannte Sprichwort "Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter". Bereits in den Schulen mit gemischt lettisch-russischen Klassen würden lettische Kinder von den russischen Schülern ständig verächtlich gemacht, provoziert und beleidigt. Häufig komme es zu "Exzessen". 1986 fanden in Riga mehrfach Zusammenstöße zwischen lettischen und russischen Jugendlichen statt, die sogar Todesopfer forderten.

Auch der "Neuen Offenheit" stehen viele skeptisch gegenüber. So trägt ein sehr bekanntes Lied des unter der lettischen Jugend populären Komponisten I. Kalnins - mit den Worten seines Bruders und modernistischen Dichters Viktors - den wohl kaum zufällig gewählten Titel "Bis zur nächsten Eiszeit".

Angst der KP vor national-kommunistischen Tendenzen

Beunruhigung herrscht in letzter Zeit auch in der Spitze der KP Lettlands. Sie befürchtet eine ähnliche Entwicklung wie Ende der 50-er Jahre, als Nationalkommunisten in der KP Oberhand gewannen. Erst eine massive Intervention Moskaus - Chruschtschow kam 1959 persönlich nach Riga - beendete gewaltsam diesen Kurs und führte zur Absetzung der KP-Spitze und zu rigorosen Säuberungen. Chruschtschow setzte den damaligen Parteichef ab und berief an dessen Stelle Arvids Peļsche, der später bis in das Politbüro der KPdSU in Moskau aufstieg. Beträchtliches Aufsehen erregte 1972 ein an westliche kommunistische Parteien gerichteter "Brief von 17 lettischen Kommunisten", der leidenschaftlich die inzwischen stattgefundene rücksichtslose Russifizierung anprangerte.

Bald "Kasachische" Verhältnisse auch in Lettland?

Inzwischen hat die Russifizierung Lettlands bedrohliche Ausmasse angenommen. So ist während der sowjetischen Herrschaft der Anteil der lettischen Bevölkerung ständig gesunken und betrug 1979 in Lettland nur noch 53%, in Riga sogar nur 38%. Nationale Kreise bezweifeln jedoch die offiziellen Statistiken und vermuten nur 46-48% Letten in Lettland bzw. 30% in Riga (ca. 900.000 Einwohner), wo schon längst wesentlich mehr Russen als Letten leben und somit ähnliche Verhältnisse herrschen wie in Kasachstan. Dort hatte im Dezember 1986 eine Einsetzung eines Russen zum örtlichen KP-Chef zu Demonstrationen und Ausschreitungen geführt.

Innenminister gefeuert

Um eine ähnliche Entwicklung vorzubeugen, opferte unlängst der KP-Chef Boris Pugo (formell Lette, spricht nur russisch) den erst vor einem Jahr eingesetzten Innenminister W. Jegorow. Da dieser Weissruthene und vorher noch nie in Lettland war, hatte seine Ernennung ebenfalls Unmut ausgelöst. Zum Nachfolger wurde nun zum 1. Mal seit 1978 ein Lette ernannt, seit 1951 (im Alter von 19 Jahren!) KGB-Mann und ein enger Vertrauter von B. Pugo, der selbst vor seiner Ernennung zum 1. Sekretär der KP langjähriger KGB-Chef Lettlands war.

KP-Sekretär: "Jeder hat die Pflicht russisch zu lernen"

Die KP startete jetzt eine Kampagne zur Erläuterung der Nationalitätenpolitik, wie sie Gorbatschow versteht. Der Auftakt dazu war eine Rede des für Ideologie und Kultur zuständigen KP-Sekretärs A. Gorbunow, in der dieser die Forderungen der Schriftsteller und der Bevölkerung kategorisch ablehnte. Gorbunow - ebenfalls ein russifizierter Lette, der

1985 den als relativ liberal geltenden Letten I. Anderson ablöste - wörtlich:

"Es ist nicht zu übersehen, dass viele der in letzter Zeit erschienenen Publikationen die leninistische Dialektik der Nationalitätenpolitik oberflächlich darstellen und diese falsch auf die konkreten Verhältnisse der Republik anwenden. Jeder Sowjetbürger hat die Pflicht, ausser der eigenen Sprache auch russisch zu lernen. In letzter Zeit unterbreitete uns die Bevölkerung den Vorschlag, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, allen das Erlernen der lettischen Sprache zu ermöglichen. Leider wird dieser Vorschlag häufig falsch verstanden. Noch schlimmer: es wird davon geredet, man müsse auch die Forderung aufstellen, dass Angehörige anderer Nationen (v.a. Russen-Red.) in der Republik lettisch lernen sollten, dass dies sogar obligatorisch sein müsse. Gegenüber solchen Fakten müssen wir eine prinzipielle Haltung einnehmen und diesem unverantwortlichen Gerede unreifer Menschen energisch ein Ende bereiten".

ESTLAND

Pfarrer widerrief "widerruf"

Der estnische Pfarrer Harri Mõtsnik, wegen seiner angeblich "antisowjetischen" Predigten 1985 zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt und infolge eines "Widerrufs" am 28. März 1986 freigelassen, hat jetzt selbst bestätigt, dass er diesen Widerruf unter Zwang unterzeichnete. Dies berichtete kürzlich die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International in Zürich. Der 58-jährige lutherische Pastor erklärte CSI zufolge, dass der Text vom KGB vorbereitet wurde.

Aus gut unterrichteten Quellen verlautet, dass Mõtsnik bittet, vom Ausland aus Nachforschungen anzustellen über das Ergehen Peter Potkers, eines 17-jährigen, mit dem er die Zelle teilte und der in ein Straflager für Jugendliche in Viljandi (Estland) geschickt wurde.

Harri Mõtsnik, ursprünglich Rechtsanwalt, wurde 1972 als lutherischer Pastor ordiniert. Trotz der Drohungen des KGB sprach er vom zerstörerischen Einfluss der marxistischen Ideologie auf die christliche Ethik. Zudem beklagte er in seiner Verkündigung das Fehlen von "Respekt für religiösen Glauben" und sprach von Versuchen, die Verteilung von Bibeln zu blockieren, und von Kindern, die nach dem Besuch von Weihnachtsfeiern in der Schule bestraft wurden.

Nachdem zwölf seiner Predigten - nicht gegen seinen Willen, wie er jetzt klar machte - unter dem Titel "Was dem Frieden dient" im Westen veröffentlicht wurden, verlor er sein Pfarramt in Urvaste und wurde vier Monate später verhaftet.

DDR

Neue bundesdeutsche "Ostdenkschrift" sorgfältig prüfen

Der Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Rolf Koppe, erklärte in Hannover, es gebe in der EKD keinen Beschluss für eine neue "Ostdenkschrift". Einige Landessynoden hätten darum gebeten, der Rat der EKD solle sich verstärkt mit dem Thema Frieden

und Versöhnung mit den "Völkern der Sowjetunion" befassen. Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West) hatte auf einer Sitzung Mitte November drei ihrer ständigen Ausschüsse beauftragt, bis zum Frühling 1987 eine erste Vorlage für eine

"Denkschrift" zum Thema "Frieden mit der Sowjetunion" auszuarbeiten.

Ein besonderes Interesse der EKD an der Russischen Orthodoxen Kirche wurde allerdings schon früher wiederholt bekundet. Über eine neue "Ostdenkschrift" der EKD dachten auch die rund vierzig Teilnehmer an der Arbeitstagung für kirchliche Vertriebene- und Aussiedler-

arbeit nach, die Ende November 1986 vom Ostkirchenausschuss der EKD in Hedemünden veranstaltet worden war. Der Diskussion lag das Buch "Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion" zugrunde. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen und Erlebnisberichten (erschieden im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn).

Ständig wächst die Einsamkeit in der sozialistischen Gesellschaft

Einsamkeit darf es in der sozialistischen Gesellschaft nicht geben. Theoretisch wenigsten nicht. Und doch wächst sie ständig, wie die kürzlich vom Gesamtdeutschen Institut in Bonn veröffentlichte Studie "Soziale Isolation und Einsamkeit in der DDR" zeigt.

Katharina Belwe, die Autorin, hat Statistiken, Zeitungsberichte und die moderne Literatur für das Thema ausgewertet.

Waren früher vor allem alte und verwitwete Menschen von der sozialen Isolation betroffen, so greift sie nun auch verstärkt nach den jüngeren alleinstehenden Menschen. Vor allem den berufstätigen Frauen.

Die Kernthesen lauten: Niedrige Einkommen, kaum private Kraftfahrzeuge, unzureichender Konsum verhindern eine grössere Mobilität der Menschen. Das gilt vor allem für die alten DDR-Bürger, deren Zahl ständig steigt und deren Durchschnittsrenten 1985 keine 400 Mark betrug.

Die Ehe wird in der DDR - trotz ständig steigender Scheidungsziffern - so hoch eingeschätzt, dass der Allein-stehende an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wird. Da auch die Automation zwischen Elbe und Oder fortschreitet, nimmt die Identifikation der Arbeiter mit ihrer Arbeit, ihrem Betrieb ab und fördert die Einsamkeit.

Auch dies darf nicht übersehen werden: "Religiöser Glaube und kirchliche Bindung spielen in der DDR - ausgenommen bei älteren Jahrgängen - kaum eine Rolle. Und christliches Bekenntnis als Form der Existenzbewältigung wird nur noch von einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe praktiziert."

Dabei muss man sich vor Augen halten, dass Einsamkeit mit den Ansprüchen der sozialistischen Gesellschaft prinzipiell nicht vereinbar ist, denn keiner soll - so die Theorie - alleingelassen werden. Inzwischen sind "Klubs Alleinstehender" gegründet worden, die vor allem die über 1,2 Millionen

alleinstehenden 35- bis 65-jährigen ansprechen sollen. 100 solcher Klubs existieren, reichen aber nicht aus: "Sie bleiben ein Tropfen auf den heissen Stein." Die Einsamkeit holt vor allem die Rentner ein. 2,9 Millionen der 16,7 Millionen DDR-Bürger befanden sich 1984 in Rente, das sind über 17 Prozent. Und 40 Prozent der Rentner sind 75 Jahre und älter. Für diese "Bürger im höheren Lebensalter", wie es so schön im SED-Deutsch heisst, ist nicht zuletzt die sofort nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete sogenannte "Volks-solidarität" zuständig. 1985 wurden allein 78.500 betreuungsbedürftige Rentner von Hauswirtschaftspflegerinnen versorgt.

Doch das Problem liegt woanders - nämlich in der sozialen Isolation. Hier gibt es erste Ansätze, um die Alten am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Etwa durch Patenschaften zwischen Kindergärten und Feierabendheimen (von denen noch zahlreiche in kirchlicher Trägerschaft sind), Betrieben und ihren Rentnern, Künstlern und isolierten Menschen.

Wie gross die Not der Einsamkeit, der Isolation quer durch die Generationen ist, zeigt die moderne DDR-Literatur, die sich zunehmend mit diesem Thema auseinandersetzt. Bereits 1978 schreibt Hannes Cibulka in "Das Buch Ruth": "Wir sollten viel mehr Zeit füreinander haben, sind auf dem Weg der Vereinsamung." Cibulka hat einige Faktoren für das Keine-Zeit-Haben in der DDR ausgemacht: Hektik, Überbeanspruchung, Sucht nach dem Auto, dem Wochenendhaus, die Jagd nach einer höheren gesellschaftlichen Rangordnung.

Die Einsamkeit im sozialistischen Alltag zeigt, dass die sozialistische Gesellschaft den neuen Menschen nicht schaffen kann. (Idea)

RUMÄNIEN

Bei freien Wahlen nur 6 Prozent für die Kommunisten

Gründung einer christlich-demokratischen Partei im Untergrund

In den letzten Monaten erreichten diverse Dokumente aus Rumänien den Westen, in denen die innere Situation des Landes beschrieben und Gedanken geäussert werden, wie die Mißstände überwunden werden können. Hierbei handelt es sich um Dokumenten sowohl von Einzelpersonen als auch von Gruppen verfaßt wurden. In mehreren Fällen kann man erkennen, dass es sich bei den Dokumenten um Entwürfe für demokratische Parteiprogramme handelt. Interessanterweise stellt die junge Generation, also die Generation der grössten Teil dieser Aktivisten dar. Sie streben eine Demokratisierung Rumäniens an und stützen sich dabei auf politische Parteien, wie zum Beispiel die verbotene nationale Bauernpartei.

Eine soziologische Untersuchung, die die rumänische

Abteilung von Radio Europa im Jahre 1986 durchgeführt hatte, unternimmt den Versuch, die politische Grundstimmung der Bevölkerung widerzuspiegeln. Es wurden 1167 Personen aller Schichten des Landes gefragt, welchen politischen Parteien sie angehören wollten. 42 Prozent der Befragten bezeichneten sich als Sozialdemokraten. Nicht nur die hohe Prozentzahl ist hierbei bemerkenswert, weitaus interessanter erscheint diese Zahl durch die Tatsache, dass Rumänien vor 1944 kaum linksgerichtete demokratische Traditionen kannte. Als Christdemokraten wollten sich 24 Prozent der Befragten verstehen. 15 Prozent erklärten sich als Anhänger der nationalen Bauernpartei, 13 Prozent bezeichneten sich als konservativ und nur 6 Prozent der Befragten erklärten sich als Kommunisten.

Die "Rumänische Demokratische Aktion" (ARD) stellte ihr Programm vor

Vor einiger Zeit schlossen sich Rumänen zu einer christlich-demokratischen Partei zusammengeschlossen. Ihr 40-seitiges Parteiprogramm haben sie dem Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei und Vizekanzler Alois Mock zugesichert. Die Verfasser brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass ihr Dokument "zur politischen Bildung des rumänischen Volkes beiträgt und Richtlinien bildet für das rumänische politische Denken im Lande und im Exil." "Wir sind davon überzeugt", so die Verfasser, "dass dieses Programm zu einer politischen Neuorientierung, zur Bildung einer neuen Bewusstseinsströmung des rumänischen politischen Denkens beitragen kann; ...eigentlich bedeutet unsere Bewegung nichts anderes als frei Denken."

Die Verfasser kritisieren die wirtschaftliche, soziale und nationale Politik der letzten Jahrzehnte, die "Staatslüge" und den Personenkult um Ceausescu und seinen Clan.

"Die herrschende Klasse", schreiben die Untergrund-Christdemokraten, "ist nicht der natürliche Ausdruck

der Strukturen wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Dynamik, sondern willkürliches und subjektives Ergebnis der geopolitischen Lage als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges.

Sie sprechen der Nomenklatura des Landes jegliche politische Legitimität ab. "Die rumänische Diktatur hat keine wirtschaftliche, soziale und moralische Grundlage..."

"...Der Personenkult hat die Unabhängigkeitspolitik des Landes von Grund auf zerstört und zeigt das Paradoxon des Bukarester Regimes auf. Dieses Regime benützt die 'Unabhängigkeit' von den Sowjets nur, um die eigene Macht zu verstärken, kopiert jedoch konsequent das sowjetische Regime... Rumänien bleibt nur so unabhängig, wie es die Sowjetunion duldet."

Der Kommunismus führte zum Rumänien der Gesellschaft

Die Verfasser des Programms der christlich-demokratischen Partei führen weiter aus, dass der kommunistische Personenkult "zum wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Ruin führte... Nach

dem stalinistischen Totalitarismus folgte ein post-stalinistischer, in dem die reine Gewalt der Nachkriegsjahre, einer 'zivilisierten Gewalt' folgte. Das Regime in Bukarest spricht von 'Massendemokratie' und verfolgt jede Form von selbständigem Denken."

Die "Rumänische Demokratische Aktion" stellt folgende Schwerpunkte in den Vordergrund ihrer politischen Bestrebungen:

1. Die pluralistisch-demokratische Regierung
2. Eine zentrale gesellschaftliche Rolle des Christentums, welches sie als wesentliche Komponente der rumänischen Gesellschaft betrachten.
3. Beachtung der Menschenrechte.
4. Anerkennung aller Völkerrechte, hier insbesondere die Rechte der ethnischen und nationalen Minderheiten.

5. Respektierung der Persönlichkeitssphäre

6. Verhinderung von Amtsmissbrauch.

7. Alle Bürger sollen vor dem Gesetz gleich sein, man lehnt jedoch alle Mittel der Gleichmacherei und Nivellierung der menschlichen Persönlichkeit ab.

8. Das Prinzip der parlamentarischen Demokratie wird vorgeschlagen, dieses setzt die Existenz mehrerer politischer Parteien voraus.

9. Freie Gewerkschaften.

Die Unterzeichner sehen die "wesentlichen Voraussetzungen zur Erreichung eines hohen Lebens im wirtschaftlichen im technischen sozialer Erneuerung, Erziehung. Sie "von allen Bürgern Solidarität zur Bewältigung der vorübergehenden Schwierigkeiten, Ehrlichkeit im öffentlichen Leben und in Staatsangelegenheiten."

V.Klimaitis

AIDS-Welle auch in Polen

Schon 35.000 Zwangsuntersuchungen

In Polen befinden sich gegenwärtig 21 Aids-Kranke in Quarantäne (Neun Bluter, acht Homosexuelle, zwei Prostituierte, ein Säugling und ein Prostituiertenkind), wie die Regierungszeitung "Rzeczpospolita" schreibt. Im November waren es nach Angaben von Gesundheitsminister Jerzy Bonczak erst 15 Aids-Kranke. Jetzt wurde zusätzlich bekannt, dass demnächst ein Säugling mit Aids geboren werde und der bisher einzige Aids-Tote diese Krankheit aus den USA mitgebracht habe.

Man habe erste "Barrieren" gegen die Krankheit geschaffen, die jedoch nicht ausreichen. So wurden 35.000 Personen, vornehmlich Homosexuelle, zwangsuntersucht. Weitere 100.000 Menschen aus "diesem Bereich" sind für derartige

Untersuchungen vorgesehen. Jetzt werden im Rahmen "einer Prophylaxe-Aktion" sämtliche Blutspender "exakt und in langwierigen Verfahren" untersucht. Bei fünf Prozent sei dies bereits geschehen.

In ganz Polen würden "Referenzzentren" eingerichtet und ausgebaut. Federführend bei der gesamten Aids-Aktion seien das staatliche Hygieneinstitut, das Staatliche Venerologische Institut und die Klinik für Infektionskrankheiten. Alle drei befinden sich in Warschau.

Die Warschauer "Polityka" weist darauf hin, dass Ungarn mehr als Polen von Aids betroffen sei. Dort hätten sich bereits 162 Menschen, darunter 68 Homosexuelle, infiziert.

POLEN

Warschau gründet antideutsche Propagandaorganisation

Unter dem Dach des Landesrates der Patriotischen Bewegung (PRON) ist in Warschau ein "Grunwald-Komitee" gegründet worden.

Wie aus der Zeitung "Za Wolnosc i Lud" (Für Freiheit und Volk) hervorgeht, hat das Grunwald-Komitee den Auftrag, möglichst rasch Regionalkomitees zu bilden. Auf diese Weise solle die "Grunwald-Idee" auf die Bevölkerung und vor allem auf die Jugend einwirken.

Grunwald ist jener Ort bei Tannenberg in Ostpreussen, wo 1410 Polen und Litauer den Deutschen Ritterorden

vernichtend schlugen und so den "germanischen Drang" nach Osten zeitweilig stoppten. Dieser Kampf sei danach gegen "deutsche Feudalherren, Ritter, danach preussische Militaristen und braune Imperialisten" fortgesetzt worden. Der Symbolgehalt von Grunwald werde dadurch unterstrichen, dass die ersten während des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion gebildeten volkspolnischen Einheiten am Jahrestag dieser Schlacht vereidigt wurden, hiess es in dem Blatt weiter.

Schliesslich verstehe sich die polnische Volksmacht als Bewahrer dieser Tradition.

In einem Beitrag für die regierungsnahen Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" hat der stellvertretende Vorsitzende des polnischen Landeshandwerkerrates, Mieczyslaw Jakubowski, offene Kritik an den staatlichen Kontrollen geübt. Die 325.000 Betriebe mit ihren 700.000 Mitarbeitern würden durch die steuerlichen Vorschriften "erdrückt". Kaum einer der Handwerker kenne sich in den vier dicken Bänden sowie den tausenden ergänzenden umfassenden Bestimmungen aus. Da 65 Prozent der Bruttoeinnahmen an den Staat abzuführen seien, müssten sämtliche Personalkosten und Investitionen aus den übrigen 35 Prozent bezahlt werden.

Die im Westen üblichen Abschreibungen und Steuererleichterungen sind in Polen unbekannt.


**DER
BESSERE
DURCHBLICK**
OSTNACHRICHTEN


OSTNACHRICHTEN

Impressum:
Offenlegung gem. §25 des Mediengesetzes
Herausgeber, Verleger und Chefredakteur Algis Klimaitis.
Redakteure:
Dr. Edith Durrer-Worobjoff
Veronika Klimaitis
Jiri Nemeec
Vladimir Pilman
Stefan Tabakoff

Unternehmensgegenstand: Mit Ostnachrichten sollen Nachrichten, Analysen und Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft aus der Sicht von Journalisten, die aus Mittel- und Osteuropa stammen, übermittelt werden.

Grundsätzliche Richtung: Unabhängig und überparteilich. Für eine Förderung der Zusammenarbeit der demokratisch-pluralistischen Bewegungen Mittel- und Osteuropas sowie deren Exponenten im Exil.

P.b.b.
Verlagspostamt 1130 Wien/ Erscheinungsort
Wien

Öster. Nationalbibliothek
Zeitschriftenabt.
Josefsplatz 1
A-1015 Wien

Bei Nichtzustellung zurücksenden an
Ostnachrichten, 1173 Wien, Postfach 5